

ITALIEN, LABOR DER DEMOKRATIE?

Luca Argenta
März 2021



In den vergangenen Jahrzehnten wurde Italiens Demokratie immer als Sonderfall wahrgenommen.



Man kann Italien auch als ein »Labor« sehen, in dem Entwicklungen vorweggenommen werden, die später auch andere Länder treffen, vorneweg das Aufkommen von populistischen und Anti-Establishment-Parteien.



Italiens Parteiensystem ist fluide und ohne klare Mehrheiten, doch diese Veränderungen führten nicht zu einer Krise der Demokratie, die weiterhin im internationalen Vergleich eine hohe Partizipation und eine vitale Zivilgesellschaft aufweist.

Inhalt

1	EINLEITUNG	2
2	EIN BLICK IN DIE GESCHICHTE ITALIENS	2
3	PHASE I: BLOCKIERTE DEMOKRATIE	2
3.1	Ein blockiertes System	2
3.2	... durch zwei politische Subkulturen geprägt.....	2
4	PHASE II: ZÄSUR UND ZWEITE REPUBLIK	3
4.1	Die »partitocrazia«.....	3
4.2	Die politische Zäsur.....	3
4.3	Eine politische Innovation als Sprungbrett für ein bipolares System	4
5	PHASE III: DAS TRIPOLARE SYSTEM	4
5.1	Die Krise und die »GroKo all'italiana«	4
5.2	Wieder eine politische Innovation: das »Movimento 5 Stelle«	5
5.3	Die Transformation vom bi- zum tripolaren System.....	5
5.4	Die Gründe für den Erfolg des Populismus in Italien.....	6
6	PERSPEKTIVEN: EIN COMEBACK DES BIPOLAREN SYSTEMS?	6
7	HERAUSFORDERUNGEN	7
	Bibliografie	8

1 EINLEITUNG

Das Belpaese und seine Demokratie enttäuschen nie: Wer wissen will, was womöglich morgen politisch in Europa oder in der westlichen Welt passieren wird, kommt nicht umhin, sich die Situation Italiens anzuschauen. Faschismus, Berlusconiismus, rechtsextremer Populismus, Bewegungen und Online-Demokratie sind einige Beispiele, die Italien zu einem echten politischen Laboratorium machen. Ein Laboratorium, das oft Neuheiten, plötzliche Kurswechsel und Koalitionen aus gegensätzlichen Partnern hervorbringt.

Das Bild, das sich daraus ergibt, ist das eines Landes, das mit seinen Schwierigkeiten und Widersprüchen nicht nur Krisen oder Instabilität erlebt hat. Paradoxe Weise kann man trotz der 67 Regierungen von 1946 bis heute sagen, dass gerade dieses Merkmal des politischen und konstitutionellen Systems im Laufe der Jahrzehnte eine gewisse Stabilität ermöglicht hat. Anomalien oder Vakua haben es dem politischen System ermöglicht, sich zu erneuern und wesentlich zu verändern. Italien ist in der Tat ein Land, in dem selbst diese Anomalien Vorläufer personenzentrierter und populistischer Parteien hervorgebracht (siehe den Fall Berlusconi oder Bewegungen wie das *Movimento 5 Stelle*, die neue Formen der Demokratie, ausgehend von der direkten und der Online-Demokratie, gefördert haben), die die politische Landschaft erweitert und das Parteiensystem tripolarisiert haben.

Italien ist folglich eine lebendige und dynamische Demokratie, die als Vorreiter für andere Länder, Parteien und Bewegungen oft eine wichtige Rolle spielt.

2 EIN BLICK IN DIE GESCHICHTE ITALIENS

Um die gegenwärtige Situation besser zu verstehen, lohnt es sich, den Blick auf die Geschichte des Landes zu richten. Die problematische Beziehung der Italiener_innen zu ihren demokratischen Repräsentant_innen reicht bis zur Gründung des Nationalstaats im 19. Jahrhundert zurück, als das Land dank eines Elitenprojekts des Nordens territorial zwar vereint wurde, doch aufgrund eines strengen Zensuswahlrechts nur ein kleiner Teil der Bevölkerung wählen durfte (Köppl 2007). Historisch bedingte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Unterschiede zwischen Teilen der Halbinsel auszugleichen war der Norden weder willens noch imstande (Cafagna 1989). Dadurch benachteiligte die Elitenpolitik die breite Masse und hielt sie von der Politikgestaltung fern, und dieses System bestand in der faschistischen Ära fort. Als Resultat verstärkte sich die misstrauische Haltung der Bevölkerung gegenüber politischen und staatlichen Institutionen. Erst nach der *Resistenza* (dem italienischen Widerstand) gegen die deutsche Besatzung und der Befreiung von der Diktatur konnten die Bürger_innen aktiv die Politik mitgestalten (Köppl 2007: 26–32).

3 PHASE I: BLOCKIERTE DEMOKRATIE

3.1 EIN BLOCKIERTES SYSTEM ...

Wie andere europäische Länder stand Italien nach dem Zweiten Weltkrieg vor der Aufgabe, den (Wieder-)Aufbau der Demokratie voranzutreiben und seine politischen Institutionen zu erneuern (Backhaus 2009). Als Staatsform wurde erstmals die Republik gewählt und zunächst arbeitete eine von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten reichende, parteiübergreifende Koalition vereint daran, die Grundlagen des Staates zu schaffen. Parallel zum Beginn des Kalten Krieges wurden jedoch ideologische und inhaltliche Diskrepanzen immer deutlicher, die die Zusammenarbeit zunehmend erschwerten. Sehr bald stützte sich das politische System des republikanischen Italiens auf zwei große Volksparteien, die einander von 1947 an unversöhnlich gegenüberstanden: die *Democrazia Cristiana* (DC) und die *Partito Comunista Italiano* (PCI).

Während der Ersten Republik bis in die 90er-Jahre hinein war die DC die dominierende Partei und ununterbrochen an der Regierung. Die prowestliche DC konnte als katholisch, konservativ, klientelistisch und antikommunistisch bezeichnet werden. Ihre antikommunistische Haltung ermöglichte der DC, landesweit Macht auszuüben, denn die PCI, die an die Sowjetunion gebundene und zweitstärkste politische Kraft, wurde von jeder Regierungsbeteiligung a priori ausgeschlossen (Köppl 2007: 58).

Diese Tatsache führte zu einer ersten Anomalie der italienischen Demokratie: Es erwuchs daraus ein »blockiertes System«, das die PCI über Jahrzehnte in die Opposition zwang und damit jegliche Regierungsalternanz ausschloss. Es entstanden eine »blockierte Demokratie« (*democrazia bloccata*), die für fast 50 Jahre das politische System Italiens charakterisierte, und der »Sonderfall Italien«, weil die italienische Linke kommunistisch geprägt war, unakzeptabel für eine westliche Demokratie und deswegen ungeeignet für eine demokratische Alternanz.

3.2 ... DURCH ZWEI POLITISCHE SUBKULTUREN GEPRÄGT

Das bereits erwähnte Misstrauen der Italiener_innen gegenüber Politiker_innen ist nicht neu: Negative Einstellungen zur Politik sind in der Tat in der italienischen politischen Kultur tief verwurzelt. Trotzdem war die Wahlbeteiligung der Italiener_innen (laut italienischer Verfassung obligatorisch bis 1993) stets sehr hoch, eine der höchsten in den westlichen Demokratien. Die Loyalität der Bürger_innen gehörte jedoch weniger den staatlichen Institutionen als den Parteien, denen sie sich jeweils verbunden fühlten und die nicht nur als Hauptinstrumente der Repräsentation fungierten, sondern auch die wichtigsten Institutionen der Entscheidungsfindung und des politischen Handelns waren.

Um ihre Bedeutung zu verstehen, kommt man nicht umhin, die politischen Subkulturen zu erwähnen, die die italienische Gesellschaft seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts geprägt haben. Diese Subkulturen werden durch politische Parteien symbolisiert und drücken sich durch ein Netzwerk von

Organisationen wie Gewerkschaften, Studentengruppen, Konsumgenossenschaften, Religionsgemeinschaften und Vereinen aus. Die Teilung des Landes in ein katholisches und ein kommunistisch-sozialistisches Lager hat ihre Wurzeln bereits im 19. Jahrhundert, zeigte sich allerdings in besonders ausgeprägter Form nach dem Zweiten Weltkrieg im Schatten des Kalten Krieges bis zu den 90ern. Analysiert man das Votum der Italiener_innen aus historischer Sicht, so stellt man fest, dass es Gebiete gibt, in denen dieselbe Partei (oder dasselbe politische Spektrum) jahrzehntelang eine relative Mehrheit von 40 % oder mehr erreichte. Auf diese Weise lassen sich eine *weiße Zone* im Nordosten (katholische Subkultur) und eine *rote Zone* (kommunistische Subkultur) in Mittelitalien (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien, Marken) identifizieren. Die Bevölkerung in diesen Zonen war stark ideologisiert und auf verschiedene Weise in die politischen Prozesse involviert (Caciagli 2012). Die Loyalität des einzelnen Bürgers galt seiner Subkultur bzw. einer bestimmten Partei, nicht der politischen Kultur als Ganzem oder staatlichen Institutionen.

Trotz großer (ideologischer) Unterschiede zwischen diesen Parteien und Subkulturen herrschte in der Ersten Republik eine »Polarisierung ohne Konflikt« (Braun 1995). Es war eine Zeit, in der zwar tiefe ideologische Gräben die italienische Gesellschaft durchzogen, das politische System aber kompromissfähiger war und politische Konflikte weit weniger zahlreich waren als in der nachfolgenden Zweiten Republik, in der die alten Gräben fast zugeschüttet waren (ibid.).

4 PHASE II: ZÄSUR UND ZWEITE REPUBLIK

4.1 DIE »PARTITOCRAZIA«

Die Macht der Parteien in der Nachkriegszeit wuchs so sehr, dass man rückblickend von einer *partitocrazia* spricht. Pasquino (1995: 341) definiert sie als eine »übermäßige Macht der Parteien, eine unkontrollierte und maßlose Übermacht zum Zweck der Vergrößerung der Macht selbst, zu Lasten der Institutionen und der Bürger_innen«. Dieses Phänomen hatte sich während der ununterbrochenen Regierungsbeteiligung der DC, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens beeinflusste, herausgebildet (Backhaus 2009). In diesem Kontext wurde das sogenannte *sottogoverno* institutionalisiert, worunter man »die Gesamtheit aller Instanzen, wie öffentliche Körperschaften, Verwaltung und staatliche bzw. halbstaatliche Unternehmen, die ganz oder teilweise von den Regierungsparteien kontrolliert werden« (Fix 1999: 110), versteht. Es diente der Rekrutierung von parteiloyalen Angestellten und Beamten und führte im Laufe der Jahre zur Vergabe von Ämtern nur nach Parteizugehörigkeit (Backhaus 2009). Als in den 60er-Jahren die PSI (*Partito Socialista Italiano*) – drittstärkste politische Kraft in Italien und zweitwichtigste Partei der Linken – an der Regierung beteiligt wurde, wurde dieses System ausgeweitet. Endgültig etablieren konnte sich die *partitocrazia*, als auch die PCI stillschweigend an dem Vergabesystem beteiligt wurde (ibid.). Sie bestand so lange, weil es keinen Machtwechsel gab und die Opposition als Teil des Systems ihre Kontrollfunktion nicht wahrnahm. Auch die

Justiz profitierte von diesem System und war daher nicht an einer Aufklärung interessiert (ibid.).

4.2 DIE POLITISCHE ZÄSUR

Auslöser für das Ende dieses Systems war die Zäsur der Jahre 1992 bis 1995, die eine radikale Wende in der Politik des Landes markierte und den Übergang von der Ersten zur Zweiten Republik darstellte. Die Faktoren, die zu diesem Wechsel führten, waren zahlreich.

Die allmähliche Erosion der beiden politischen Subkulturen dank des Säkularisierungsprozesses innerhalb der Gesellschaft, der Schwächung der kommunistischen Weltanschauung und des Endes des Kalten Krieges führte dazu, dass die DC und PCI und ihre sozialen Strukturen, Verankerungen und Weltbilder verschwanden bzw. sich wandelten. Die Aufdeckung politischer Korruption nach dem enormen Schmiergeldskandal *mani pulite* (1992) bewirkte den Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems, nachdem die zahlreichen Korruptionsfälle Empörung in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatten (Caciagli 2012). Nicht zuletzt änderte ein neues Wahlsystem (75 % Mehrheitswahl und 25 % Verhältniswahl mit Listen) die Dynamik des politischen Wettbewerbs: Es entstand ein politischer Kampf zwischen rechts und links, der dann zu einer Regierungsalternanz zwischen diesen beiden Lagern führte (Ignazi 2019).

Die alten Regierungsparteien implodierten komplett. Die PSI löste sich auf. Das bis Anfang der 90er-Jahre fest von der DC besetzte Zentrum verschwand. Es wurde praktisch zerrieben zwischen dem linken Bündnis, den *Progressisti*, zu denen auch die Erben der PCI, und zwar die *Partito Democratico della Sinistra* (PDS), gehörten, und dem rechten Bündnis (*Polo del Buon Governo/Polo della Libertà*), das aus der sezessionistischen *Lega Nord* (LN), der neofaschistischen *Alleanza Nazionale* (AN) und Silvio Berlusconi's neuer Partei *Forza Italia* bestand. 20 Jahre lang spielt sich der Wahlkampf zwischen diesen beiden Lagern ab (ibid.).

Aufgrund der korruptionsbedingten Implosion der alten DC und PSI eröffnete sich ein hohes Protestpotenzial und entstand in der Mitte und im rechten Spektrum ein politisches Vakuum, deren größte Profiteure die populistischen Parteien *Lega Nord* (LN) und *Forza Italia* (FI) waren.

Die Aufdeckung der Missstände von *mani pulite* nährte bei den Bürger_innen die Hoffnung auf politischen Wandel, sie dauerte aber nur kurze Zeit, da sich alsbald die extreme Staatsverdrossenheit und das Misstrauen gegenüber Parteien, Regierung und Parlament (Caciagli 2012: 67–68) wieder breitmachten. In dieser Übergangszeit nahmen die Gleichgültigkeit und Passivität der Bürger_innen letztendlich immer mehr zu und die Parteienverdrossenheit wurde zu purer Antipolitik (Cavazza, Corbetta & Milesi 2008). An die Stelle der alten Ideologien trat der Populismus (Biorcio 2007). Globalisierung, Wirtschaftskrise und andauerndes staatliches Versagen erledigten den Rest.

Als neue Kraft traf die *Lega Nord* mit ihrer moralisierenden Stimme und dem Ruf nach politischer Erneuerung den Nerv

breiter Teile der Wählerschaft in Norditalien (Braun 2017). Die LN stieg im Jahr 1992 zur viertgrößten Kraft Italiens auf, kam in der Abgeordnetenversammlung auf 8,7 % und wurde im Norden sogar zweitstärkste Partei. Ihr Wahlkampf war durch die Forderung nach der Trennung Norditaliens vom restlichen Land geprägt, um dadurch auch einen Bruch mit der angeblich von Rom ausgehenden Korruptionskultur zu erreichen (Backhaus 2009: 56).

4.3 EINE POLITISCHE INNOVATION ALS SPRUNGBRETT FÜR EIN BIPOLARES SYSTEM

Als wichtigste (partei-)politische Innovation dieser besonderen Phase gilt jedoch Silvio Berlusconis *Forza Italia* (Köppel 2012: 227). Berlusconi, einer der erfolgreichsten Großunternehmer des Landes und Inhaber des größten Medienkonzerns Italiens, erklärte 1994 seinen Einstieg in die Politik (*discesa in campo*) und begründete ihn damit, dass ein Wahlsieg der Linken drohe. Zu diesem Zeitpunkt hatte er Probleme mit der Justiz und sah das politische Vakuum als eine gute Gelegenheit, um die Wahlen zu gewinnen und sich selbst von seinen Prozessen fernzuhalten. Seine Partei wurde in atemberaubender Geschwindigkeit, dank massiver Finanzmittel und mit Unterstützung von Berlusconis Unternehmen, aus dem Boden gestampft. Sein Medienimperium (ihm gehörten drei private Fernsehsender und er hatte deswegen ein Quasimonopol auf dem privaten Fernsehmarkt) und sein Reichtum erklären aber nur einen Teil des Erfolgs seiner Partei. Berlusconi proklamierte, was viele Italiener_innen hören wollten: Er beschimpfte die alte politische Klasse, die »Politikaster«, und stellte sich als »Outsider« und als »Antitypus« des herkömmlichen Politikers dar. Er nutzte die antipolitische Stimmung der italienischen Bevölkerung und fütterte sie mit Tiraden gegen die Arroganz und Ineffizienz des Staates. Unter dem Etikett der Freiheit propagierte seine Partei den Abbau von Steuern, Regulierungen und staatlicher Gängelung (Caciagli 2012; Köppel 2012). Andere (populistische) Merkmale von FI waren der Politikstil Berlusconis als charismatischer Figur und die Führung von FI als »One-Man-Show«, also die extreme Personenzentrierung seiner Partei, sowie die direkte Verbindung zum Volk und die faktische Abwesenheit einer Parteistruktur.

Ein weiterer entscheidender Punkt – und damit ein weiteres Paradox der italienischen Demokratie – war, dass Berlusconi die alten Ideologien, die für Jahrzehnte Italien und die anderen europäischen Länder geprägt hatten, künstlich am Leben hielt: Obwohl die Linke nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 den Abschied vom Kommunismus vollzogen hatte (siehe die Gründung der PDS im Jahr 1991), setzte Berlusconi beim Wahlkampf 1994 vor allem auf die Abwehr der »kommunistischen Gefahr« (Ignazi 2019). Diese Haltung führte zu apokalyptischen Tönen in beiden Blöcken. Auf der einen Seite verkündete die Rechtsallianz von FI/LN/AN – drei Parteien, die zu keiner EU-Familie gehörten –, es gehe darum, endgültig die Fossilien der Ersten Republik zu entmachten und die »Kommunisten« von der Macht fernzuhalten. Auf der anderen Seite antwortete die Linke der *Progressisti*, es gelte, die Machtübernahme durch ein rechtspopulistisches Regime zu verhindern (Braun 1995). Anders als in der Vergan-

genheit lud sich in den ersten Jahren der Zweiten Republik die politische Auseinandersetzung enorm auf: Das Land drohte in zwei Lager zu zerfallen, die sich nicht mehr als demokratische Gegner legitimierten, sondern sich als politische Feinde behandelten (ibid.). Diese Entwicklung, die noch jahrelang dauerte, verkörperte ein neues Paradigma der italienischen Politik: von der Polarisierung ohne Konflikt in der Ersten Republik zum Konflikt ohne Polarisierung in der Zweiten Republik.

Im Mai 1994 gewann das Mitte-rechts-Bündnis die Parlamentswahl und übernahm die Regierung. Dies war das erste Mal, dass Populisten und populistisch angehauchte Neofaschisten in einem westeuropäischen Land an die Macht kamen. Diese Allianz zerbrach zwar schon wenige Monate später, doch sollte dieses Bündnis mit den gleichen Akteuren und Berlusconi an der Spitze von nun an die italienische Politik prägen.

20 Jahre lang stand Berlusconis *Forza Italia* im Mittelpunkt der italienischen Politik und des Parteiensystems. Sie erhielt 1994 und 1996 etwa genauso viele Stimmen wie die *Partito Democratico della Sinistra* (PDS), die Erben der PCI, gab aber in allen Koalitionen, an denen sie beteiligt war, den Ton an. Berlusconi bestimmte die politische Agenda für die folgenden 20 Jahre – auch in der Opposition – und war dreimal Ministerpräsident, Letzteres auch für die Dauer einer gesamten Legislaturperiode (2001 bis 2006), was keinem anderen italienischen Politiker vor ihm gelungen war und auch nach ihm keinem gelang (Ignazi 2019).

Seit 1994 gab es jedoch eine neue Struktur des Parteiensystems, und zwar eine bipolare und von wechselndem Erfolg geprägte Mechanik des Parteienwettbewerbs zwischen den zwei großen Bündnissen Mitte-links und Mitte-rechts.

5 PHASE III: DAS TRIPOLARE SYSTEM

5.1 DIE KRISE UND DIE »GROKO ALL'ITALIANA«

Der bipolare Mechanismus erreichte seinen Höhepunkt bei der Parlamentswahl 2006, als sich alle Parteien für eines der beiden Lager entschieden hatten. Das daraus resultierende Ergebnis (49,8 % für das Mitte-links-Bündnis und 49,7 % für die Mitte-rechts-Allianz) zeigte ein zweigeteiltes Land, vereinfachte aber das politische System. Die Postkommunisten der DS (*Democratici di Sinistra*) und die Postchristdemokraten fusionierten im Jahr 2007 zu einer einzigen Partei, nämlich zur *Partito Democratico* (PD). Das andere Lager bildeten FI und AN, mit denen der *Popolo della Libertà* (PdL) entstand.

Die Wahlen 2008 bestätigten wieder den Bipolarismus und sicherten dem PdL und der *Lega Nord* einen Wahlsieg. Die letzte Berlusconi-Regierung, und damit die Ära Berlusconi, endete 2011. Zahlreiche Überläufer_innen innerhalb des PdL-Bündnisses, Sexskandale, die Untätigkeit und Verant-

wortungslosigkeit angesichts der Eurokrise¹ und die internationale Isolation führten zum Sturz des Kabinetts und zur Bildung einer Übergangsregierung aus parteilosen Expert_innen und Nichtpolitiker_innen (*governo tecnico*) unter der Führung des Finanzexperten und ehemaligen EU-Kommissars Mario Monti, von allen Parteien außer der LN unterstützt. Zum ersten Mal in der republikanischen Geschichte des Landes wurde mit diesen Expert_innen zwischen Mitte-links und Mitte-rechts eine Regierung gebildet.

Zwar ist es dieser Regierung gelungen, das Land durch epochale Reformen wie Renten-, Arbeitsmarkt- und Steuerreformen vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren, doch hat sie die sozialen und regionalen Konflikte weiter verschärft und die wirtschaftliche Lage nicht verbessert. Diese Jahre (2011 bis 2013) waren durch kontinuierlichen Wohlstandsverlust, sinkendes Wachstum, zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit und hohe Arbeitslosigkeit charakterisiert. All dies führte zu einer enormen Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Die Folgen waren vor allem zwei: Das neue veränderte Kräfteverhältnis zwischen beiden Lagern führte zu einer Krise des Bipolarismus. Die hohen Belastungen aufgrund strikter Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise seitens der *GroKo all'italiana* führten bei den Bürger_innen zu wachsendem Unmut über das gesamte Parteiensystem.

5.2 WIEDER EINE POLITISCHE INNOVATION: DAS »MOVIMENTO 5 STELLE«

In diesem Kontext betrat eine neue politische Kraft die Bühne, die in dem Vakuum, das die etablierten Parteien hinterließen, ihren Platz fand: das *Movimento 5 Stelle* (M5S). So wie FI nach dem Schmiergeldskandal *mani pulite* sich als gänzlich neue Kraft propagierte, gewann das M5S große Aufmerksamkeit durch seine radikale Opposition gegen alle etablierten Parteien und indem es sich als ganz neue Bewegung darstellte. Wie FI erklärte das M5S also, es sei neu, anders und richte sich gegen die Eliten, es schürte die Gegenüberstellung vom »guten Bürger« und »schlechter Politik«, brachte die Idee einer Ermächtigung des Bürgers (FI mit einem starken Mann an der Spitze, das M5S mittels direkter Demokratie) voran und profitierte von den Medien (Berlusconi mit seinen privaten Fernsehsendern, das M5S mit den Social Media), um seine Botschaften zu verbreiten.

Sein Debüt bei der Wahl im Jahr 2013 ist ein Unikum in der italienischen und europäischen politischen Landschaft. Bei dieser Wahl errang das M5S aus dem Stegreif 25,6 % und bei der folgenden Wahl 2018 sogar 32,7 %.

Ausschlaggebend dafür waren die ökonomische Lage des Landes, die Enttäuschung der Menschen über das politische System und die postideologische Komponente der neuen Bewegung. Das M5S zeichnete sich durch seine Anti-Establish-

ment-Haltung und sein Image von »weder links noch rechts« aus. Die Kritik seines Gründervaters Beppe Grillo und seiner Anhänger_innen richtete sich gegen die alte und bürgerferne »politische Kaste«, die Italien und seine Bürger_innen zugrunde gerichtet und vergessen habe. Grillos Frontalangriff auf die politische Klasse ist eine Reaktion auf die weitverbreitete Ernüchterung und Enttäuschung über das korrupte politische System. In der Tat war eine der von Anfang an übermittelten Botschaften die Forderung nach der Schaffung eines »sauberen Parlaments« (Argenta 2019).

Um der dritte Pol des Systems zu werden, war auch das postideologische Element seines politischen Projekts wichtig. Es gebe weder linke noch rechte, sondern nur gute Ideen, und dieses Motto ermöglichte dem M5S, eine lagerübergreifende Wählerschaft zu überzeugen. Eine Erneuerung der Politik durch direkte und E-Demokratie mittels kontinuierlicher Online-Befragungen, umweltpolitische sowie soziale Themen wie die Einführung von Mindestlöhnen und Grundversicherungen machten das M5S zunächst als Protestbewegung bekannt und überzeugten schließlich viele Wähler_innen anderer Parteien (ibid.).

5.3 DIE TRANSFORMATION VOM BI- ZUM TRIPOLAREN SYSTEM

Parallel zur wachsenden Zustimmung zum M5S und der damit verbundenen Transformation von einem bi- zu einem tripolaren System kamen zwei entscheidende Faktoren ins Spiel, die die politische Geschichte des Landes veränderten.

Der erste war ein kontinuierlicher Konsensverlust traditioneller Parteien wie der PD, die das Land zwischen 2013 und 2018 unter der Führung von Enrico Letta, Matteo Renzi und Paolo Gentiloni regierte, und der FI, die jahrelang aufgrund der Rolle des Überwältigers Berlusconi versteinert war.

Der zweite waren die Machtübernahme Matteo Salvinis in der LN und eine völlig neue Strategie, die in wenigen Jahren das Kräfteverhältnis innerhalb des Mitte-rechts-Lagers veränderte. Salvini äußerte sich nicht mehr zur Norditalienfrage und versuchte nun auch den Süden zu überzeugen, wobei er alles auf die Themen Unsicherheit, Zuwanderung und Euroskepsis setzte (Ignazi 2019). Aus dem Parteinamen wurde das Wort *Nord* entfernt und aus der Parteiparole »Der Norden zuerst« wurde »Die Italiener zuerst«. Unter seiner Führung erfolgte eine Neuausrichtung der Partei insofern, als sie innenpolitisch fortan als gesamtitalienische rechtsradikale Partei mit souveränistischen und nationalistischen Positionen auftrat und das politische Vakuum, entstanden durch die abnehmende Beliebtheit Berlusconis und die allmähliche Wiederauferstehung der Konservativen im rechten Lager, füllte. Außenpolitisch wurde gleichzeitig die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Rechtspopulisten intensiviert.

Auf diese Weise ist in den letzten Jahren ein dreipoliges System entstanden, dessen Hauptmerkmal darin besteht, dass zwei der drei Pole ungeachtet ihrer Gemeinsamkeiten und Differenzen populistisch sind. Zwei populistische Pole, denen es nach den hervorragenden Ergebnissen bei der letzten Parlamentswahl im März 2018 sogar gelang, im Juni desselben

¹ Berühmt ist zum Beispiel Berlusconis Aussage von November 2011: »Mir scheint, dass es in Italien keine schwere Krise gibt. Das Leben ist das eines wohlhabenden Landes, der Konsum ist nicht zurückgegangen, es ist schwer, einen Flug zu buchen, die Restaurants sind voll.«

Jahres eine Koalitionsregierung unter der Führung von Giuseppe Conte zu bilden. Die bereits erwähnten Gründe, die von innovativen Vorschlägen und Online-Demokratie bis zu nationalistischen und sicherheitspolitischen Lösungen à la *law and order* reichen, genügen nicht, um die enorme Volatilität der Wählerschaft vollständig zu verstehen, die diesen beiden politischen Kräften ermöglicht hat, zusammen mehr als 50 % der Wählerstimmen auf sich zu vereinen. Weitere Gründe für den Erfolg des Populismus in Italien sind in der Tat in den Besonderheiten und Merkmalen des Landes zu finden, die seit mehr als zehn Jahren ein Gemisch aus Wut, Machtlosigkeit und geringen Zukunftsaussichten begünstigen.

5.4 DIE GRÜNDE FÜR DEN ERFOLG DES POPULISMUS IN ITALIEN

Die jüngere Geschichte des Landes ist geprägt von wirtschaftlichem Stillstand, wenig oder keiner sozialen Mobilität und enormen wirtschaftlichen und territorialen Ungleichheiten.

Seit den 90er-Jahren erlebt das Land eine wirtschaftliche Stagnation; die Finanzkrise, die 2008 begann, versetzte Italien einen weiteren schweren Schlag, von dem es sich noch nicht wieder erholt hat: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate für den Zeitraum 2008 bis 2018 war negativ und lag bei $-0,6\%$. Außerdem beträgt das italienische Durchschnittseinkommen heute durchschnittlich $74,5\%$ des deutschen Einkommens (1996 waren es $94,6\%$) und $80,3\%$ des französischen Einkommens (1996 waren es 97%) (Ardeni 2020: 11).

Obwohl die Arbeitslosigkeit tendenziell rückläufig ist (2014 waren es $12,9\%$, 2020 sind es $9,7\%$), zumindest bis vor der Covid-19-Krise, liegt sie – insbesondere bei jungen Menschen (2014 $42,7\%$, 2020 $31,1\%$) – immer noch weit über dem europäischen ($7,2\%$) und OECD-Durchschnitt ($8,6\%$). Zudem haben viele Erwerbstätige Arbeitsplätze von geringer Qualität und nur wenige Aufstiegsmöglichkeiten.

Nicht nur die Wirtschaft stagniert und die Beschäftigungsaussichten sind nicht sehr ermutigend, sondern auch Einkommen und Vermögen konzentrieren sich und folglich nehmen die wirtschaftlichen Ungleichheiten zu. Der Gini-Index ist auf ein Niveau von rund $33,3\%$ (2018) zurückgekehrt, das dem Niveau von 1995 entspricht. Nachdem dieser Index zwischen 1995 und 2001 erheblich gesunken war (auf 29%), 2004 auf $32,9\%$ angestiegen und in den folgenden vier Jahren wieder gesunken war, stieg er nach der Krise von 2008 wieder stetig an. In den letzten Jahren war außerdem die Ungleichheit in der Einkommensverteilung Italiens stets höher als in der Eurozone und nicht zuletzt vergrößerten sich die erheblichen sozialen und territorialen Divergenzen zwischen dem Norden und dem Süden des Landes.

All diese Faktoren, der internationale politische und wirtschaftliche Kontext, die europäischen Regeln, die Globalisierung, klientelistische Orientierungen und keine leistungsfähige Antwort seitens der internationalen und nationalen Politik sowie der Verlust an Souveränität haben das Frustrationsgefühl eines Großteils der Italiener_innen, dass alles ausweglos sei, noch verstärkt. Zudem ist es diesen Faktoren zu verdanken, dass in Italien, wie auch in anderen Ländern, der

Populismus reichlich Nährboden gefunden hat und es ihm binnen kurzer Zeit gelungen ist, sowohl Proteste zu initiieren als auch Regierungshandeln zu beeinflussen.

Von dieser Entwicklung haben die populistischen Kräfte des M5S und der *Lega* am meisten profitiert. Die gelb-grüne Koalition (nach dem Gelb-Grün von M5S und *Lega*), die von Juni 2018 bis zum Sommer 2019 das Land regiert hat, hat die oben genannten Probleme weder in Angriff genommen noch gelöst, aber ihr Erfolg bei den Wahlen zeigt, wie beide Parteien es geschafft haben, sowohl die »vergessenen Schichten«, die Verlierer_innen der Globalisierung, als auch die Mittelschicht zu überzeugen.

6 PERSPEKTIVEN: EIN COMEBACK DES BIPOLAREN SYSTEMS?

Das italienische System scheint wieder in Bewegung zu sein. Berauscht von den Resultaten der Europawahl im Mai 2019 und dem wachsenden Erfolg im Land, kündigte Salvini im Sommer 2019 die Koalition auf und forderte vorgezogene Wahlen sowie »uneingeschränkte Befugnisse«. Die Regierungskrise führte jedoch zu keiner Neuwahl, sondern zur Regierung Conte II, dieses Mal auf der neuen Achse M5S-PD aufgebaut.

Mit dieser Regierung begann eine neue Phase, die das politische Spektrum erneut verändern könnte. Der Wandel von einer Protestbewegung zu einer Regierungspartei war für das M5S und seine Wähler_innen nicht schmerzfrei: Es musste auf viele ursprüngliche Forderungen verzichten, und zwar sowohl im Bündnis mit der *Lega* als auch mit dem jahrelangen politischen Feind PD. Der Weg zur Normalisierung und Verantwortungsübernahme, seine Unerfahrenheit, diese radikale Kehrtwende und widersprüchliche Entscheidungen ließen seine Aktivist_innen ziemlich benommen zurück (Argenta 2019), und dies war bei den letzten regionalen und kommunalen Urnengängen deutlich spürbar. Anders als zwischen M5S und *Lega* lassen sich zwischen M5S und PD viele Gemeinsamkeiten konstatieren. In der Opposition befanden sich FI, *Lega* und die postfaschistische *Fratelli d'Italia*.

Das Parteiensystem könnte sich nun wieder in ein bipolares System mit einer neuartigen Konfrontation entwickeln: auf der einen Seite ein Mitte-rechts-Lager, das aufgrund der politischen Schwäche von FI und der Dominanz rechtsradikaler Positionen zu einem Rechts-Mitte-Lager geworden ist, auf der anderen ein Bündnis zwischen M5S und PD.

Die jüngsten Ereignisse der italienischen Politik mischen aber die Karten wieder neu und machen die künftigen Entwicklungen ungewiss. Mitte Januar 2021 ist die Mitte-links-Koalition geplatzt, nachdem die vom ehemaligen Regierungschef Renzi geführte kleine Mitte-Partei *Italia Viva* die Regierung Conte II aufkündigt hatte. Hauptgrund für diese Entscheidung war, dass die Regierung die Darlehen und Zuschüsse in Höhe von 209 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbaufonds (*Next Generation EU*) nicht adäquat verplant habe.

Nach dem Rücktritt des parteilosen Conte hätte Staatspräsident Sergio Mattarella beide Parlamentskammern auflösen und neue Wahlen ansetzen können. Allerdings äußerte er in einer Rede die Ansicht, dass sich Italien in einer schwierigen Lage befinde und in den nächsten Monaten den oben genannten Wiederaufbauplan ausarbeiten müsse. Neuwahlen würden bedeuten, dass das Land bis zum Sommer ohne eine voll handlungsfähige Regierung dastünde. Mattarella beauftragte daher den früheren Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi, eine neue Regierung zu bilden. Draghi gelang es, ein Kabinett aus Expert_innen und Politiker_innen zu bilden, fast alle Parteien hinter sich zu versammeln und im Parlament eine breite Mehrheit zu gewinnen. In der Opposition bleibt die ultranationalistische *Fratelli d'Italia*.

Das Vertrauen des Landes in Draghi ist groß und sowohl in Italien als auch im Ausland genießt Mario Draghi hohes Ansehen, gilt als glaubwürdig und wird als Stabilitätsanker in einer Zeit der Unsicherheit wahrgenommen. Jedoch destabilisiert seine Amtsübernahme die Parteienlandschaft. Die Figur Draghis war für das M5S stets der Inbegriff des Establishments, gegen das die Bewegung von Anfang an gekämpft hatte. Zwar stimmten ca. 60 % der M5S-Aktivisten bei einer Online-Befragung auf der Plattform Rousseau für die Beteiligung am Kabinett Draghi, der Beschluss scheint jedoch die Partei zutiefst zu spalten und eine tatsächliche Spaltung in »Hardliner_innen« und »Pragmatiker_innen« ist nun konkret möglich.

Im Rechts-Lager war zu erwarten gewesen, dass Berlusconi mit seiner FI, die sich seit Monaten als Verteidigerin Europas inszeniert, eine Draghi-Regierung unterstützen würde. Überraschend war die Kehrtwende der europafeindlichen *Lega*, die sich nun gegenüber der Öffentlichkeit mit einem »Wir sind in Europa« erklärt. Anscheinend möchten Salvini und seine Partei die Unterstützung dieser neuen Regierung als Chance nutzen, der *Lega* zu einem Imagewechsel zu verhelfen, um die politische Isolierung in der extrem rechten Ecke zu verlassen, sich als regierungsfähig zu präsentieren und international zu legitimieren.

Ob diese neue Konstellation die erwähnte strukturierte progressive Allianz zwischen PD und M5S beschleunigen oder verkomplizieren wird, ist noch offen. Was die Beteiligung von FI und *Lega* an der Regierung Draghi, die Volte Salvinis und das Verharren der *Fratelli d'Italia* in der Opposition für das Mitte-rechts-Lager bedeuten werden, lässt sich noch nicht vorhersehen. Im Hintergrund solcher politischen Ereignisse konstatiert man, dass das Land durch soziale und wirtschaftliche Spannungen, durch eine immer größere Schere zwischen Arm und Reich und zwischen Nord und Süd, durch ein anhaltendes und wachsendes Misstrauen gegenüber nationalen und internationalen Institutionen zerrissen ist. All dies führt – und ist zu einem guten Teil bereits geschehen – in Italien wie in anderen Ländern zu einer immer stärkeren Polarisierung der Gesellschaft, zur Dichotomie von Offenheit und Geschlossenheit. Es handelt sich um eine Spaltung zwischen denen, die eine »offene Gesellschaft« (pro Einwanderung, pro Minderheiten) wollen, und denen, die eine »geschlossene und homogene Gesellschaft« wollen, sprich um den Gegensatz

zwischen libertären und kosmopolitischen Positionen und traditionalistischen Orientierungen in Bezug auf Fragen wie Einwanderung, Kriminalität, Minderheitenrechte und Umwelt.

Und genau in dieser Furche schlagen der Populismus sowie viele seiner (auch extremen) Formen und die von ihm inspirierten Parteien ihre Wurzeln und ziehen mit der Illusion einfacher Antworten auf die unterschiedlichsten Herausforderungen immer größere Teile der Bevölkerung an, die nun wieder die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verloren haben und frustriert sind. Das historische Erbe der Italiener_innen – ihre bisweilen misstrauische Haltung politischen und staatlichen Institutionen gegenüber – macht sich wieder bemerkbar.

Die oben genannten Frustrationsgefühle führen jedoch nicht nur zu der Suche nach vereinfachenden Antworten, die der Populismus in der Regel liefert. Die italienische Zivilgesellschaft ist so lebendig und vielfältig, dass auch Protestbewegungen entstehen, die auf der Piazza gegen Hass, Spaltung und Rache demonstrieren. Ein gutes Beispiel dafür sind die »Sardinen«. Vier 30-Jährige wollten nicht länger zuschauen, wie der *Lega*-Chef Salvini den virtuellen und den öffentlichen Raum mit seinen Hassparolen erstickte. Vor der Wahl in der Emilia-Romagna 2020 riefen die vier jungen Leute zu einer Protestkundgebung auf dem zentralen Platz Bolognas auf: Mehr als 12.000 Menschen kamen und standen so eng wie Sardinen (daher ihr Name) beieinander, friedlich-fröhlich, ohne Parteisymbole, ohne Fahnen. Ähnliche Kundgebungen mit Demonstrant_innen aller Altersschichten fanden auch in anderen Regionen statt, viele Teilnehmende waren Wähler_innen von M5S oder PD, aber die Hälfte enttäuschte Wähler_innen. Die »Sardinen« verstehen sich als zivilgesellschaftliche Bewegung für ein offenes und vielfältiges Land und plädieren für eine Politik des Dialogs, der Auseinandersetzung – und nicht für eine der Anfeindung und des Hasses. Auch eine solche Bewegung ist ein Beispiel für den anderen Teil der oben genannten Dichotomie, und zwar die Menschen, die sich aktiv für eine offene Gesellschaft einsetzen.

7 HERAUSFORDERUNGEN

So wie auch in anderen Ländern wurde Italien von den Folgen der Corona-Pandemie stark getroffen. Das SURE-Projekt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für das Italien etwa 27 Millionen Euro vorgesehen hat, die Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von etwa 35 Milliarden Euro und die 209 Milliarden Euro aus dem europäischen Programm *Next Generation EU* sind sehr wichtige Maßnahmen, um das Land vor einer noch schwereren wirtschaftlichen und sozialen Krise zu bewahren. Trotzdem muss die Regierung Draghi diese Maßnahmen mit einer Reihe institutioneller und struktureller Reformen begleiten. Und das scheint nicht leicht zu sein.

Mit der Reduzierung der Zahl der Parlamentarier_innen (der die Italiener_innen in einem Referendum zugestimmt hatten) sind viele Neuerungen verbunden, die das parlamentarische System massiv verändern werden. Mit dieser Verkleinerung, die Entscheidungsprozesse beschleunigen und Einsparungen

ermöglichen soll, ist eine Wahlreform verbunden, über die sich die Parteien noch einigen müssen. Ins Gespräch kommen auch wieder die Verfassungsreformen: Das Scheitern des Verfassungsreferendums im Jahr 2016 führte zum Ende der Regierung Renzi. Ziel jener Reform war es, den Senat als gleichberechtigte zweite Parlamentskammer zu entmachten und dadurch das Land besser regierbar zu machen. Ein ähnliches Projekt stellte im Oktober 2020 die PD vor, es wird in den nächsten Monaten diskutiert.

Die öffentliche Verwaltung und das Justizsystem haben große funktionale Defizite, und dies seit vielen Jahren. Reformen in diesen Bereichen wären notwendig und könnten die Verwaltung moderner und europäischer gestalten und vor allem digitalisieren, um eine direktere Beziehung zwischen Bürger_innen, Ämtern und Diensten zu ermöglichen, und das Justizsystem schneller und effizienter machen.

Um alle Reformprojekte durchzuführen, benötigt man Dialog- und Kompromissfähigkeit und am Ende des Tages Leistungen. Die Menschen in Italien brauchen jetzt konkrete Lösungen. Ohne mutige, langfristige und konzertierte Reformen auch zusammen mit den verschiedenen Sozial- und Wirtschaftspartnern des Landes könnte das Pendel eher in Richtung einer zunehmenden Verslossenheit der Gesellschaft ausschlagen. Ein falscher Schritt, der der italienischen Demokratie sicherlich nicht zugutekäme.

BIBLIOGRAFIE

Altgeld, W. (Hrsg.) (2002): Kleine italienische Geschichte. Stuttgart.

Ardeni, P. G. (2020): Le radici del populismo. Roma/Bari.

Argenta, L. (2019): Die Fünf Sterne in Italien – Anatomie einer Bewegung. Von der Protestbewegung zur Regierungspartei. Friedrich-Ebert-Stiftung: Rom, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/15699.pdf>.

Argenta, L. (2018): Italien auf Konfrontationskurs. Die Europapolitik der Regierung Conte. Friedrich-Ebert-Stiftung: Rom, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/14958.pdf>.

Backhaus, D. (2009): Wahlsystem und politisches System in Italien seit den 90er Jahren. PIFO (Politische Italien-Forschung), Gießen.

Biorcio, R. (2007): Democrazia e populismo nella Seconda Repubblica, in: Maraffi, M. (Hrsg.): Gli italiani e la politica. Bologna, 187–207.

Braun, M. (2017): Die Lega Nord: Vom Wohlstandssezessionismus zum Anti-Euro-Nationalismus, in: Hillebrand, E. (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie? Bonn, 41–49.

Braun, M. (1995): Italiens innere Konflikte – von der Polarisierung ohne Konflikt zum Konflikt ohne Polarisierung, in: Spillmann, K. R. (Hrsg.): Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse – Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich, 95–107.

Caciagli, M. (2012): Alte Sitten im neuen Gewand: Die politische Kultur Italiens, in: Glassmann, U., Köppl, S. & Rörig, K. (Hrsg.): Länderbericht Italien. Bonn, 55–74.

Cafagna, L. (1989): Dualismo e sviluppo nella storia d'Italia. Venezia: Marsilio.

Cavazza, N., Corbetta, P. & Milesi, P. (2008): Guardare la politica italiana da lontano, in: ITANES: Dov'è la vittoria? Il voto del 2006 raccontato dagli italiani. Bologna, 127–144.

Fix, E. (1999): Italiens Parteiensystem im Wandel. Frankfurt a. M./New York.

Ignazi, P. (2019): Parteiensystem und Parteienwettbewerb in Italien. Friedrich-Ebert-Stiftung: Rom, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/15859.pdf>.

Köppl, S. (2012): Das politische System Italiens. Heidelberg.

Köppl, S. (2007): Entwicklungen und Reformen in Parteiensystem und Wahlsystem, in: Glassmann, U., Köppl, S. & Rörig, K. (Hrsg.): Länderbericht Italien. Bonn 215–253.

Pasquino, G. (1995): La partitocrazia, in: Pasquino, G. (Hrsg.): La politica italiana. Dizionario critico 1945–95. Roma/Bari, 341–353.

ÜBER DEN AUTOR

Luca Argenta, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Friedrich Ebert Stiftung in Italien.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung |
Piazza Capranica 95 | 00186 Rom | Italien

Verantwortlich:
Dr. Tobias Mörschel | Direktor | FES Italien
Tel.: +39 06 82 09 77 90
<https://italia.fes.de/>

Bestellungen/Kontakt:
info@fes-italia.org

Facebook:
[@FESItalia](https://www.facebook.com/FESItalia)

Twitter:
[@FES_Italia](https://twitter.com/FES_Italia)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ITALIEN, LABOR DER DEMOKRATIE?



In den vergangenen Jahrzehnten wurde Italiens Demokratie immer als Sonderfall wahrgenommen, erst dank ihrer Blockade bis 1992 durch die Frontstellung zwischen regierenden Christdemokraten und oppositionellen Kommunisten, dann mit dem Aufstieg Silvio Berlusconis und schließlich seit 2013 mit dem Erfolg erst der Fünf Sterne und dann der Lega.



Es stellt sich die Frage, ob Italien jenseits einer bloßen Charakterisierung als Sonderfall nicht zugleich »Labor« ist: ein Land, in dem Entwicklungen vorweggenommen werden, die später auch andere Länder treffen, vorneweg das Aufkommen von populistischen und Anti-Establishment-Parteien.



Italiens Parteiensystem verschob sich nach 2013 von einem bipolaren Rechts-Links-Schema zu einer tripolaren Ordnung mit der Rechten unter der Vorherrschaft der Lega, dem Mitte-Links-Lager und den Fünf Sternen. Es sieht so ein fluides Parteiensystem ohne klare Mehrheiten, doch diese Veränderungen führten nicht zu einer Krise der Demokratie, die weiterhin im internationalen Vergleich eine hohe Partizipation und eine vitale Zivilgesellschaft aufweist.